



Liebe Leserinnen und Leser,

sind Sie auch im EM-Fieber?! Zugegeben, Fußball war schon immer mein Sport. Aber unabhängig davon sorgt so ein großes Turnier im eigenen Land zweifelsohne für eine ganz besondere Atmosphäre: Ausgelassenheit statt verdrückter Zurückhaltung, Gemeinschaftsgefühl statt „Ampel“-Streit. Das tut gerade mal ganz gut!

Aber Europa misst sich nicht nur am Ball, es hat auch gewählt. Und zwar mit dicken Ausrufezeichen. In Deutschland sind wir als Union dabei zwar klar stärkste Kraft geworden! Angesichts des historischen Absturzes der Regierungsparteien dürfen wir aber noch nicht zufrieden sein. Ich bin überzeugt: Da ist bis spätestens September 2025 noch mehr für uns drin!

In Berlin befinden wir uns im Schlussspurt vor der Sitzungssommerpause. Weitergearbeitet wird dann im Büro und mit zahlreichen Terminen im Südkreis. Aber natürlich steht auch ein bisschen Urlaub an. Den macht auch unser Newsletter und erscheint deswegen nächstmalig erst wieder Ende August. Deswegen wünsche ich Ihnen bereits jetzt einen schönen Sommer! Man sieht sich im Wahlkreis!

Ihr und Euer
Dr. Klaus Wiener



Europawahl 2024

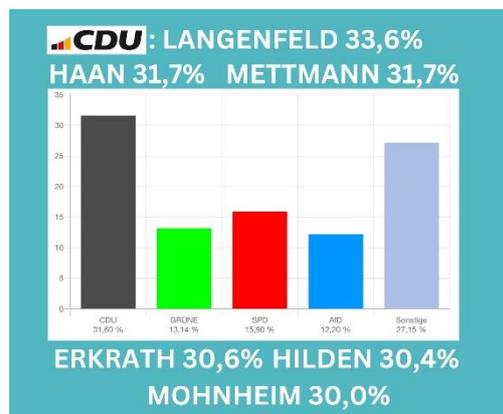
Höchste Zeit, das Ruder herumzureißen!

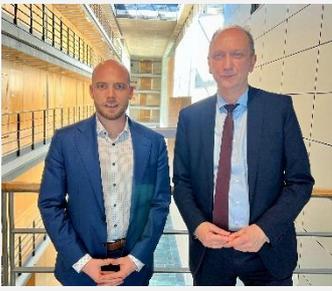
Die Europawahl hat – nicht nur in Deutschland – Erdrutsch-Charakter: Bei uns kommen die Parteien der Regierungskoalition zusammen noch nicht mal mehr auf ein Drittel der Stimmen. Wir als Union hingegen sind mit Abstand stärkste Kraft, mehr als doppelt so stark wie die SPD, und das, obwohl die im Wahlkampf dezidiert auf ihren Kanzler gesetzt hatte. Ein ähnlicher Wahl-Crash hat in Frankreich den dortigen Präsidenten Macron sogar zur Auflösung des Parlaments und dem Ansetzen von Neuwahlen geführt – mit dem leider bekannten Ergebnis.

Im Kreis Mettmann war die CDU übrigens noch stärker als im Bund (siehe Graphik) – unser Beitrag dazu, dass die Europäische Volkspartei insgesamt gestärkt aus der Wahl hervorgeht. Und dieses Gesamtergebnis ist auch Auftrag, weiterhin die Kommissionspräsidentin zu stellen. Herzlichen Dank an dieser Stelle an alle Beteiligten!

Gleichzeitig bedeutet dieses Wahlergebnis aber auch kein „weiter so“. Im gesamteuropäischen Trend verschiebt sich die Achse klar weg von „Links“ bis hin zu radikalen Kräften. Das offenbart brennende Unzufriedenheit bei Themen wie Migration, Innere Sicherheit, Bürgergeld oder Energiepolitik. Auch bezüglich der wirtschaftlichen Entwicklung wächst nachvollziehbarerweise der Unmut.

Damit bestätigt sich das, was ich zuletzt bereits betont habe: Wir brauchen nicht nur einen „Green Deal“, sondern einen „Green and Growth Deal“ – oder, wie bereits im Wahlkampf ausgedrückt: Wir müssen Ökologie und Ökonomie verbinden! Das aber hat das EU-Parlament bisher nicht gut geschafft. Und deswegen zeigen nicht nur die Wahlergebnisse: Es wird höchste Zeit, das Ruder herumzureißen.





Tag der deutschen Wirtschaft

„Die Mehrzahl von Anekdoten sind Daten“, betone ich immer wieder gerne. Und die Daten der aktuellen Wirtschaftslage Deutschlands sprechen eine eindeutige Sprache, nämlich eine höchst besorgniserregende: Letztes Jahr ist unsere Wirtschaftsleistung um 0,3 % und die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes sogar um 1,5 % gesunken. Und auch die Wachstumsprognosen für 2024 liegen nur knapp über der Nulllinie. Die Inflation ist zwar – glücklicherweise – im Vergleich zu den sehr hohen Niveaus der letzten beiden Jahre gefallen, zeigt sich insgesamt aber recht hartnäckig. Zudem mehren sich seit Monaten alarmierende Zahlen zu Unternehmensinsolvenzen – mit 11.000 Firmenpleiten im ersten Halbjahr 2024 sind diese so hoch wie seit 10 Jahren nicht mehr.

Um das und vieles mehr ging es am Tag der deutschen Wirtschaft – eine zweitägige Veranstaltung, die Wirtschaft, Politik und Wissenschaft zusammenbringt. Auch unsere Arbeitsgruppe Wirtschaft besuchte die Veranstaltung, u.a. um die Rede unseres Fraktionsvorsitzenden Herrn Merz zu verfolgen. Sein Tenor: Es ist Aufgabe jeder Regierung, das Potenzial des eigenen Landes zu heben. Wenn das nicht mit dieser klappt, dann mit der nächsten!



Selenskyj zu Gast in Deutschland und im Bundestag

Ein besonderes Moment im Deutschen Bundestag: Erstmals seit dem russischen Angriffskrieg hielt der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj persönlich eine Rede im Plenum des Bundestages. Er bedankte sich für die Unterstützung Deutschlands und erinnerte uns daran, dass auch das geteilte Deutschland niemals glücklich war. Besonders respektlos in dieser Sache: Die Abgeordneten des BSW und ein großer Teil der AfD blieben der Sitzung fern und boykottierten somit dessen Rede.



Gut gemeint ist noch nicht gut gemacht

In diesem Monat wurde im Bundestag über das Gesetz zu immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren abgestimmt. Ein sperriger Titel, hinter dem sich aber das wichtige Thema zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren (PuG) verbirgt. Ganz klar, wir müssen hier deutlich schneller werden, um Herausforderungen wie bspw. die Energiewende zu meistern!

Aber wie so oft in der Ampel-Regierung zeigt sich auch hier: Das Ziel des Gesetzes ist ein richtiges, es greift aber zu kurz. So ist es unverständlich, warum Beschleunigungsmaßnahmen in wesentlichen Teilen nur für den Ausbau der Erneuerbaren Energien gelten sollen. In Zeiten gravierender Wachstumsprobleme können wir es uns einfach nicht erlauben, vermeintlich „grüne“ Anlagen gegen „nicht grüne“ auszuspielen. Alle Industrieanlagen müssen von Beschleunigung in PuG profitieren, denn nur so können wir die Transformation stemmen und unserer gesamten Industrie zum notwendigen Aufschwung verhelfen. Eine Ansicht zu der die Ampel-Regierung leider noch nicht gelangt ist. Meine Rede zum Gesetz finden Sie [hier](#).



Zum **Know-how-Transfer der Wirtschaftsjuvenoren** hospitierten 200 junge Führungskräfte für eine Woche im Bundestag. Dieses Jahr konnte ich mit Christian Breitbarth einen ausgewiesenen IT-Sicherheitsexperten in meinem Büro begrüßen. Herr Breitbarth ist selbstständig und arbeitet mit mittelständischen Unternehmen an der Bekämpfung von Risiken aus dem Netz. Nicht nur wegen der schweren Cyber-Attacke auf unsere CDU-Bundesgeschäftsstelle auch für uns ein bedeutsames Thema. Insgesamt ein großartiges Programm, das uns Politikern wertvolle Einblicke in den unternehmerischen Alltag gibt, die im Politikbetrieb oftmals zu kurz kommen.

Rede im Plenum: Sofortprogramm für die Wirtschaft

Seit nun mehr als zehn Sitzungswochen vertagen die Ampel-Fraktionen unsere Anträge zur Wirtschaftspolitik im Wirtschaftsausschuss und verhindern somit eine Debatte darüber. Nun konnten wir unsere Vorschläge, u.a. Begrenzung der Sozialabgaben bei 40 %, Aufheben des Lieferkettengesetzes oder das Einführen einer neuen Grundsicherung anstelle des Bürgergelds, ins Plenum einbringen und öffentlich diskutieren. Auch ich konnte in der Debatte ein Resümee zur Wirtschaftspolitik der Ampel ziehen: Mein Fazit: Mangelhaft und in weiten Teilen ungenügend. Aber sehen Sie [hier](#) gerne selbst.

In den Medien

Lokalklick: Bürgersprechstunde bei Bundestagsabgeordnetem Dr. Klaus Wiener
[Hier den Artikel lesen.](#)

Rheinische Post: Jetzt Förderantrag bei „Kulturinvest“ stellen
[Hier den Artikel lesen.](#)

Supertipp: „Jugend und Parlament“: Klaus Wiener bietet Platz an
[Hier den Artikel lesen.](#)

Erfolgreicher Polit-Nachwuchs aus Haan

Unsere Jugend ist unpolitisch? Von wegen! Alleine die Europawahl hat eine andere Sprache gesprochen. Und auch der politische Diskurs hierzulande hat Zukunft – und wir haben ihn in unserer Mitte: Benjamin Greipl, Schüler des Städtischen Gymnasiums Haan, hat den deutschlandweiten Wettbewerb „Jugend debattiert“ gewonnen – unter mehr als 200.000 Bewerbern.

Bei Eis und Cola redeten wir über die Methoden des sprachlichen Austauschs, vom Erörtern übers Argumentieren bis hin zum Redenhalten – kurzum: über die Keimzelle der Demokratie. Ein angenehmes Gespräch mit einem echten Experten, dessen „außergewöhnliche Gesprächsfähigkeit“, die ihm die Jury bescheinigte, ich nur bestätigen kann – und von der wir sicher auch künftig hören werden.

WAHLKREIS

Studienorientierung im Abgeordnetenbüro

Das Interesse junger Menschen an Mitwirkung in politischen Prozessen hat viele Facetten. In diesem Monat unterstützte **Paul Lemme** als **Praktikant** das Team meines Berliner Büros. Zustande gekommen war der Kontakt über meine Teilnahme an einer Diskussionsrunde im Otto-Hahn-Gymnasium in Monheim. Paul nutzte den einmaligen Einblick in das Bundestagsgeschehen als Orientierung für seinen weiteren Werdegang und hat nun vor, Wirtschaftsingenieurswesen an der RWTH in Aachen zu studieren. Da ihm das Thema „Nachhaltigkeit“ sehr wichtig ist, begleitete er mich regelmäßig in den Umweltausschuss und recherchierte fachbezogen. Sein Fazit: „Der Einblick in die Arbeit des Umweltausschusses war sehr interessant und hat mich fachlich wie organisatorisch enorm weitergebracht.“



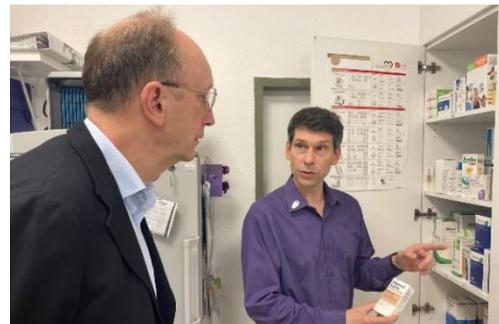
Stipendiaten-Stippvisite

Besonderer Besuch im Südkreis: Greg Kidney aus Malaysia, der im Rahmen seines Internationalen Parlaments-Stipendiums aktuell mein Berliner Büro verstärkt, hatte nun auch eine „Wahlkreis“-Woche. Dabei lernte er die einzelnen Städte kennen, begleitete mich zu Terminen und besuchte den NRW-Landtag – und war begeistert.



Zwischen Rhein und Spree

Aktuelles aus Berlin und dem Wahlkreis von Dr. Klaus Wiener



Apotheken am Limit

Die Gesundheitspolitik ist nicht nur eine wesentliche Säule unseres Landes, sie bleibt auch ein großes Problem-Thema – auch bei uns im Südkreis. Man könnte sogar von einer „Krankenakte Gesundheitssystem“ sprechen, wie mir Gespräche mit mehreren Apothekern aus Erkrath und Hilden verdeutlichten.

Wolfgang Wittig, Inge Funke und Dr. Carsten Klenke zeigten mir vor Ort die wachsenden Probleme aus ihrer Arbeitspraxis wie Lieferengpässe, bürokratiebedingte Mehraufwände und Personalmangel. Und von der geplanten Apothekenreform erwarten sie sogar noch eine Verschlechterung ihrer Arbeitssituation. Fazit: Mit seinen diesbezüglichen Vorschlägen läuft Gesundheitsminister Lauterbach Gefahr, funktionierende Strukturen zu zerschlagen. Anstatt Apotheken unter zusätzlichen wirtschaftlichen Druck zu setzen, sollte er sich mehr um eine bessere Versorgung mit Arzneimitteln und Medizinprodukten bemühen - und zwar aus dem In- und Ausland. Aber wie immer die Lösung am Ende aussieht: Oberstes Ziel muss die sichere und bezahlbare Versorgung der Patienten sein.





So viel wie nötig, so wenig wie möglich!

Industriepolitik und Handelsstreit: So viel wie nötig, so wenig wie möglich!

In den letzten Wochen und Monaten hat das Thema Industriepolitik enorm an Bedeutung gewonnen. Immer mehr erleben wir, dass Regierungen versuchen, sich mit Hilfe von Einfuhrbestimmungen, Schutzzöllen und Subventionen Vorteile im internationalen Handel und in der heimischen Produktion zu verschaffen. Auch geht es darum, Firmen zu Neuansiedlungen anzuregen. Prominenteste Beispiele sind die Initiative „Made in China 2025“ oder der Inflation Reduction Act in den USA.

Zuletzt hat die Europäische Kommission Ausgleichszölle auf batteriebetriebene Elektrofahrzeuge (BEV) angekündigt, was zu einer Protestwelle der großen Hersteller hier im Land geführt hat. Zu groß ist offenbar die Sorge, dass China mit Vergeltungsmaßnahmen reagieren könnte. Damit bestünde die Gefahr, dass ein sehr wichtiger Markt für die deutschen Hersteller verloren geht.

Für Europa – und insbesondere auch für Deutschland als exportabhängige Volkswirtschaft – stellt sich die Frage, wie auf die zunehmend offensiven industriepolitischen Maßnahmen zu reagieren ist? Klar ist, dass immer neue Runden von industriepolitisch motivierten Abschottungsmaßnahmen die Welt ärmer machen werden. Der internationale Handel, von dem gerade auch Deutschland so sehr profitiert, war der Wohlstandstreiber der letzten 30 Jahre. Er sollte nicht auf dem Altar von wirtschaftlicher Abschottung oder einer wertebasierten Handelspolitik geopfert werden.

Ich persönlich unterscheide hier zwischen einer grundsätzlichen Positionierung in Fragen des Handels und spezifischen Maßnahmen, die im Einzelfall gerechtfertigt sein können. Grundsätzlich steht für mich außer Frage, dass Deutschland als offene Volkswirtschaft weiterhin mit all seinen Möglichkeiten für offene Märkte und einen freien Welthandel eintreten muss. Unseren Handelspartnern muss klar sein: Wir wollen einen offenen, regelbasierten Handel; eine Abkehr davon kann in niemandes Interesse liegen. Auch erwarte ich von unserer Bundesregierung, dass sie – trotz aller Schwierigkeiten – dafür eintritt, dass Handelsstreitigkeiten bei der Welthandelsorganisation beigelegt werden, statt im bilateralen Zirkel aus Abschottungs- und Vergeltungsmaßnahmen. Das hierfür verantwortliche Streitbeilegungsgremium (dispute settlement body) bei der Welthandelsorganisation muss im Interesse der Weltgemeinschaft wieder gestärkt werden.

Natürlich heißt das nicht, dass wir als Land blauäugig sein dürfen und unlauteren Wettbewerb klaglos ertragen müssen. Sollte eindeutig nachgewiesen sein, dass sich Länder durch Subventionen und Schutzmaßnahmen unlautere Vorteile im internationalen Wettbewerb verschaffen – so wie dies aktuell bei China in etlichen Sektoren der Wirtschaft ganz offensichtlich der Fall ist –, dann muss das die Bunderegierung auch mit Nachdruck adressieren. Dazu gehört vor allem das Gespräch zu suchen. Insofern war es gut, dass Wirtschaftsminister Habeck unlängst in China war. Klar dürfte aber sein, dass ein mögliches Einlenken Pekings vor allem darauf zurückzuführen ist, dass der europäische Binnenmarkt mit seinen 450 Millionen Verbraucherinnen und Verbrauchern für die wirtschaftliche Entwicklung Chinas schlicht zu wichtig ist, als dass der Zugang zu diesem Markt mit seiner hohen Kaufkraft leichtfertig aufs Spiel gesetzt würde.

Sollten diese Gespräche aber nicht greifen, sind schlussendlich auch Vergeltungsmaßnahmen in Form von z. B. Ausgleichszöllen in Erwägung zu ziehen. Allerdings darf hier nicht mit der Schrottplinte geschossen werden. Die Maßnahmen müssen passgenau und auf Zeit angelegt sein. Das Motto, das hier zur Anwendung kommt, muss lauten: **So viel wie nötig, so wenig wie möglich.**

Auf keinen Fall aber erfordert Industriepolitik in der Zeitenwende, dass in „vielen Fällen“ eine „aktive Förderpolitik“ betrieben wird, so wie die Bundesregierung dies vor kurzem in einem industriepolitischen Positionspapier behauptet hat. Die Wirtschaftsgeschichte ist voll von Beispielen, in denen der Staat mit fehlgeleiteten Subventionen nichts anderes erreicht hat als das nachhaltige Verbrennen von Steuergeldern. Diese Zurückhaltung gilt im Übrigen auch für Versuche, eine wertegeleitete Handelspolitik zu implementieren, die nur unscharf zwischen handels- und sonstigen politischen Zielen trennt.

Impressum

Dr. Klaus Wiener MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030 - 227 75621
Mail: klaus.wiener@bundestag.de

Wenn Sie den Newsletter nicht mehr erhalten möchten, [klicken Sie hier](#).

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 30.06.2024

